

Bundesverfassung kommt vor dem Koran

Die Zürcher Muslime geben sich eine moderne Charta: Sie anerkennen die Menschenrechte und die Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Von **Daniel Suter**

Zürich. – «Warum spricht der Stadtpräsident an einer Medienorientierung über eine muslimische Grundsatzklärung? Und warum hat diese Veranstaltung Gastrecht im Stadthaus Zürich?» Elmar Ledergerber beantwortete die Frage gestern gleich selbst: Weil in der Stadt Zürich gemäss der letzten Volkszählung 21 000 Muslime leben, 3000 davon mit Schweizer Pass. Und weil die seit zehn Jahren bestehende Vereinigung Islamischer Organisationen in Zürich (VIOZ) als kantonale Dachorganisation beharrlich den Weg der Integration und des Dialogs geht.

Jüngstes Beispiel dafür ist die Grundsatzklärung der VIOZ. Im verhärteten Klima nach den Terroranschlägen vom

11. September 2001 sahen sich auch die Zürcher Muslime immer wieder mit der Frage konfrontiert, welche Haltung sie gegenüber der westlichen Gesellschaftsordnung einnehmen. Nach Diskussionen in den 15 Mitgliedsorganisationen (zu denen auch zwei Frauenvereine gehören) formulierte der VIOZ-Vorstand im März die Grundsatzklärung. Nun stellt er sie auch der nicht muslimischen Mehrheit vor.*

Für Demokratie und Rechtsstaat

Die Erklärung besteht aus zehn Punkten. Die ersten fünf bekennen sich zur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, zum Frieden, zur Ablehnung von Terror und Gewalt, zu den Menschenrechten und zur Gleichberechtigung der Menschen.

Muslime dürfen sich nach ihrem Glauben in jedem Land aufhalten, in dem sie ihren religiösen Hauptpflichten nachkommen können. Die islamische Religion verpflichtet sie, sich grundsätzlich an die dort bestehende Rechtsordnung zu halten. VIOZ-Präsident Ismail Amin zitierte dazu das Oberhaupt der Al-Azhar-Moschee in Kairo: «In dem Moment, da ein Muslim ei-

nen Visumsantrag für ein bestimmtes Land unterschreibt, schliesst er auch gleichzeitig einen Vertrag ab, die Rechtsordnung dieses Landes als oberste Autorität anzuerkennen.»

Das bedeutet auf die Schweiz bezogen: Die Bundesverfassung und die Schweizer Gesetze haben im täglichen Leben Vorrang vor den religiösen Geboten des Korans und den traditionellen Sitten der muslimischen Herkunftsländer. «Der demokratische Rechtsstaat ist für alle, auch für die muslimische Minderheit, Garant für ein harmonisches, friedvolles Zusammenleben in der Schweiz», heisst es in der Erklärung. «Die VIOZ strebt nicht an, das islamische Recht über die schweizerische Gesetzgebung zu stellen.»

Islam rechtfertigt keinen Terrorakt

Zum friedvollen Zusammenleben gehört gemäss VIOZ auch eine klare Absage an die Gewalt: «Kein Akt des Terrors ist durch den Islam zu rechtfertigen.» Die Uno-Menschenrechtserklärung wird anerkannt, ebenso das Recht auf Religionsfreiheit – und das Recht, keine Religion zu ha-

ben. Vor Gott seien alle Menschen gleich: «Basierend auf diesem Grundsatz des Islam setzt sich die VIOZ für die Gleichberechtigung von Mann und Frau ein.»

Für manche Muslime ungewohnt

In den weiteren Punkten befürwortet die Erklärung die Integration, den interreligiösen Dialog, erklärt den islamischen Glauben und nennt als Ziele der VIOZ unter anderem den Bau eines islamischen Zentrums in Zürich und – in fernerer Zukunft, wie Ismail Amin sagte – die öffentlichrechtliche Anerkennung als islamische Religionsgemeinde.

Die Erklärung richtet sich nach aussen an die Öffentlichkeit wie auch nach innen an die Zürcher Muslime. Für manche einfache Einwanderer aus ländlichen Regionen werden einige der Grundsätze beinahe so ungewohnt und neu sein wie das Leben im Westen. «Die Diskussionen in den Mitgliedsorganisationen und Vereinen haben uns gut getan», sagte VIOZ-Vizepräsident Taner Hatipoglu.

*www.vioz.ch